

Komitee 2x Nein
zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)

Waisenhausplatz 21
3011 Bern
Tel. 031 312 66 60
info@doppelreferendum.ch



Nationale Medienkonferenz zu den Abstimmungen vom 24. September 2006



Stellungnahme von Ueli Leuenberger,
Nationalrat (GE), Vizepräsident der Grünen Partei
der Schweiz

Nein zu den Blocher-Gesetzen!

Die beiden Gesetze sind das Resultat von zwanzig Jahren permanenter Propaganda-Kampagnen der Blocher-SVP. Sie richten sich in erster Linie gegen jene Menschen, die in der Schweiz Schutz suchen, aber immer allgemeiner auch gegen alle MitbürgerInnen ohne roten Pass mit weissem Kreuz, die in der Schweiz leben und arbeiten.

Diese Kampagnen haben das politische Klima in der Schweiz in den letzten Jahren beachtlich vergiftet und der SVP Wahlerfolg um Wahlerfolg gebracht. Vergessen wir nicht, dass sich in den achtziger Jahren die Hasskampagnen der SVP und anderer fremdenfeindlicher Parteien gegen die libanesischen, dann gegen die tamilischen, die kurdischen und die türkischen Flüchtlinge richteten. Schliesslich waren die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, einem Kriegsgebiet, an der Reihe. Letztere dienen bis heute, zusammen mit den Afrikanern, als Sündenböcke. Jede Pressekurzmeldung mit beteiligten Ausländern wird auf eine schändliche, aber geschickte Art von den Blocher-Truppen für ihre Propagandazwecke ausgeschlachtet.

Überzeugt davon, durch Nachäffen der SVP die eigenen Wahlniederlagen zu stoppen, haben sich die freisinnigen und christlich-demokratischen Verantwortlichen und Parlamentarier, mit einigen ehrenwerten Ausnahmen, von der fremdenfeindlichen Strömung mitreissen lassen. Einige neue, von Fremdenfeindlichkeit inspirierte Fraktionsmitglieder dieser Parteien haben dazu sicher erheblich dazu beigetragen.

Mit Hilfe seiner Kampfgefährten hat Blocher erreicht, den ursprünglichen Entwurf des Bundesrates auf seine Art und Weise massiv zu verschärfen.

Unter Umgehung des üblichen demokratischen Parlamentsbetriebes hat er seine Anträge durchgeboxt. Es handelt sich um Punkte, die tiefgreifende Änderungen am

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz

**Grüne Schweiz, Solidarité sans Frontières SosF, FIMM Schweiz, Gewerkschaft Unia
Comité romand 2 x NON (comités unitaires de FR, GE, JU, JU bernois, NE, VS et VD)**

Unterstützt von: AL-PdA-JAI, Amnesty International, Asylbrücke Zug, ATTAC, AvenirSocial, CEDRI, cfd Christlicher Friedensdienst, Christlich-Soziale Partei der Schweiz CSP, comedia – Die Mediengewerkschaft, Demokratische JuristInnen der Schweiz DJS, Europäisches Bürgerforum, Fédération der demokratischen ArbeiterInnen-Vereine DIDF, Fédération kurdischer Kulturvereine FEKAR, Juso Schweiz, Junge Grüne Schweiz, Partei der Arbeit PdA, Schweiz. ArbeiterInnen-Hilfswerk SAH, Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS, Syndicat interprofessionnel de travailleuses et travailleurs SIT, Travail.Suisse, Verband Personal öffentlicher Dienste VPOD

www.doppelreferendum.ch / www.double-non.ch / www.leggestranieri-no.ch

ursprünglichen Projekt des Bundesrates brachten. Er hat dies alles gemacht, ohne dem Parlament weder eine neue Botschaft noch andere genügende Informationen zur Begründung der neuen Änderungen zu unterbreiten.

Im Parlament hat eine starke bürgerliche Mehrheit diesen ungerechten Gesetzen zugestimmt und sich hinter die siegreiche SVP gestellt. Unauslöschlich in Erinnerung wird mir bleiben, wie eine euphorische SVP-Fraktion nach der Schlussabstimmung zu den beiden Gesetzen in der letzten Wintersession ihrer Freude Ausdruck gab, indem sie frenetisch applaudierte.

Die von der SVP mitten im Jugoslawienkriege lancierte Initiative unter dem Titel «Gegen Asylmissbrauch» wurde von den StimmbürgerInnen im Jahre 2002 verworfen. Zusammen mit uns bekämpften auch die FDP und die CVP damals die Vorschläge als extremistisch und für die Schweiz unannehmbar.

Die Gesetze, über die wir am 24 September abstimmen, nehmen diese extremistischen und unakzeptablen Postulate auf, die damals auch von den bürgerlichen Parteien angeprangert wurden.

Diese Gesetze bringen nicht die geringste Lösung für die Probleme, mit denen wir in unserer Gesellschaft konfrontiert sind. Sie werden nur zusätzliche schaffen, die dann der SVP wiederum als Vorwand dienen kann, um permanenten Wahlkampf auf dem Buckel der in unserem Lande lebenden MigrantInnen zu führen.

Diese ungerechten Gesetze haben keinen Platz in einer Schweiz, die sich auf demokratische Werte beruft und den Sitz der UNO, des Flüchtlings-Hochkommissariates, des Hochkommissariates für Menschenrechte, des Menschenrechtsrates und des IKRK, ist.

Ueli Leuenberger,
Nationalrat (GE), Vizepräsident der Grünen Partei der Schweiz

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz
Komitee 2x Nein zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern. Tel. 031 312 66 60 – info@doppelreferendum.ch –
www.doppelreferendum.ch / www.double-non.ch / www.leggestranieri-no.ch

